

Herr Dr. Feldscher.

Der Bericht ist wohl gut gemeint,
aber Hr. Lutz hat sich die Sache etwas
zu eben gemacht und den Kon-
sulat viel unnötige Arbeit auf-
gebürdet, insbesondere die Über-
setzung der 7 letzten (!) langen
Rede von Hon Macdonald. Soll
man ihm dies nicht in höflicher
Form bedenken?

28. XII. 28.

H.

ZUR POLITISCHEN SITUATION IN PALAESTINA.

Bericht des Schweizerischen Konsulats in Jaffa,

verfasst von:

C. L u t z , Verweser.



Geht in zwei Exemplaren an die Abteilung für Auswärtiges
des Eidg. Politischen Departements

Geht in einem Exemplar an den Konsulardienst

Geht in einem Exemplar an die Gesandtschaft.

Dodis



Wenn auch heute über die endgültige Lösung des Palästinaproblems immer noch völlige Unklarheit herrscht, so sprechen doch die Entwicklungen der letzten Monate und Wochen dafür, dass die Situation sich der Entscheidung nähert.

Die Sommermonate brachten ein erneutes Aufflackern des Terrors auf breiter Basis, sodass grosse Teile der ländlichen Distrikte der Gewalt der Zivilbehörde entglitten. Vor allem waren es drei Bombenattentate in Haifa und Jaffa, die an die 80 Menschenleben forderten, welche das Signal zu einer neuen Unruhwelle von grösstem Ausmass gaben. Ein ^{er} Sturm der Entrüstung rief ferner das nächtliche Massaker der 9 jüdischen Kinder und 5 Erwachsener in Tiberias hervor. Selbst in der arabischen Welt fand man es schwer, dieses feige Abmorden Minderjähriger und Wehrloser mit einer patriotischen Handlung in Einklang zu bringen. Als die Ueberfälle im Lande auf die Zivilbevölkerung und das Militär und die daraus resultierende Vernichtung von Leben und Eigentum immer grösseren Umfang annehmen, sah sich der Hochkommissar veranlasst, in London persönlich um Vollmachten für drastischere Massnahmen nachzusehen. Die Zivilverwaltung wurde nun durch eine Militärverwaltung ersetzt, der freie Passantenverkehr im Lande durch Einführen von Verkehrsscheinen einer Kontrolle unterstellt, um

die Bewegung der Banden zu unterbinden. Orte wie die Altstadt Jerusalem, Nablus, Hebron und Beersheba, wo die Banden nach freier Willkür hausten, wurden umzingelt und von Terroristenelementen gesäubert. Dem Drängen der jüdischen Bevölkerung um ein eigenes Verteidigungskorps wurde endlich nachgegeben, sodass heute an die 10'000 jüdische Hilfsmannschaften die ländlichen Kolonien bewachen. Die Mittel in der Höhe von ca. LP.70'000.- wurden durch eine öffentliche Sammlung von der jüdischen Bevölkerung selbst aufgebracht, während die Bewaffnung von der Militärverwaltung vorgenommen wird. Konnte die jüdische Wirtschaft bis heute den Erschütterungen der seit bald drei Jahren anhaltenden Unruhen Stand halten, so ist die wirtschaftliche Lage unter der arabischen Bevölkerung schon lange katastrophal, indem der arabische Sektor nicht nur die Auswirkungen seines Kampfes gegen die Juden und die Mandatsregierung, sondern auch den Aufreißungskampf im eigenen Lager zu tragen hat.

Nachstehend eine Aufstellung in kalten Zahlen über die Menschenopfer der Unruhen in den Monaten Juli-November d.J.

Es wurden	<u>getötet</u>	<u>verwundet</u>
Engländer	53	180
Juden	232	492
Araber	368	430
Terroristen	893	183
Andere	<u>10</u>	<u>6</u>
Zusammen also	1'556	1'291

Die Zahl der getöteten Bandenmitglieder dürfte jedoch erheblich grösser sein, da die Toten in den meisten Fällen von den Banden weggeschleppt werden, sodass genaue Zahlen über die Verluste der Rebellen nicht ermittelt werden können.

Zu obigen Menschenopfern kommen hinzu Zerstörung an Sachwerten. Die Statistik für den Monat November weist auf: 32 Brandstiftungen, 23 Fälle von Sabotage an privatem und öffentlichem Eigentum, einschliesslich 10 Ueberfälle auf die Eisenbahn, Zerstörung der Telefonleitungen, mehrere Angriffe auf die Irak-Oelleitung, Zerstörung grösserer Orangenplantagen und Niederbrennen reifer Weizenfelder, nebst 25 Diebstählen.

Die militärische Unterdrückung des Terrors im Lande nahm in den letzten Wochen ihren Fortgang. Die jüdische Wirtschaft ist damit beschäftigt, sich den Bedingungen anzupassen, die durch die neuen militärischen Verordnungen (Verkehrspässe usw.) geschaffen worden sind. Auch die Araber beginnen nach anfänglichem Widerstand diesen neuen Erlassen Rechnung zu tragen. Die Entwicklung in den letzten Monaten und Wochen war in grossen Zügen folgende.

Die Wiedereroberung des Landes aus den Händen der Terroristen.

Die Aktionen der Engländer halten sich an das System, das die Truppen nach der Ankunft der Verstärkungen Ende September eingeführt haben. Nach der Verteilung der neuen mechanisierten Bataillone über das Land und der Errichtung von Stützpunkten an strategisch wichtigen Stellen, hat das Militär zusammen mit der englischen Polizei und den jüdischen Hilfskräften mit einer systematischen Besetzung und Durchsuhung der Städte und ländlichen Bezirke begonnen. Der Eroberung der Altstadt in Jerusalem folgte die Okkupation von Jaffa, der Besetzung von Ramallah und Bethlehem die von Jericho und Gaza. Mit dem Einmarsch der britischen Truppen in Beersheba im Süden ist die Besetzung aller grösseren Punkte im Lande

abgeschlossen. Die dabei angewandte taktische Methode war durchweg die gleiche: Konzentrierung grösserer Truppenmassen an einem Punkte, Abriegelung des Ortes, Verhängung eines Ausgehverbotes, das sich in schwierigeren Fällen auf mehrere Tage erstreckte, Durchsuchung der Häuser nach Waffen und des Terrorismus verdächtiger Personen, Uebernahme der Wache am Ort durch grössere Detachements. Dieselben Durchsuchungen finden in ganzen Bezirken und einzelnen Dörfern statt. Die Chronik der Ereignisse, wie sie sich in den offiziellen Communiqués der Regierung darstellt, zeigt eine Kette derartiger Durchsuchungen, wobei vielfach Araber, die durch den Kordon des Militärs zu entschlüpfen suchen, erschossen, zahlreiche Verhaftungen zur Identifizierung der Einwohner vorgenommen und bei Strafmassnahmen Häuser demoliert werden. Die Angriffe der arabischen Terroristen auf das Militär haben auch jetzt nicht aufgehört. In den Kämpfen, über welche in den letzten Wochen berichtet wurde, handelt es sich zum Teil um solche, wo die Araber mit Hilfe von auf den Landstrassen aufgebauten Steinbarrikaden den Truppen Hinterhalte legten, oder um solche, wo bewaffnete arabische Trupps von den englischen Truppen aufgespürt wurden. Die arabischen Verluste bei diesen Kämpfen sind zum Teil sehr gross. Die einzelnen Ueberfälle auf jüdische Fahrzeuge und Siedlungen haben ebensowenig aufgehört, wie der innere arabische Terror, dem nach wie vor Gegner der Terroristen zum Opfer fallen. Auch in den Städten, die von den Engländern mit grösseren Truppenteilen besetzt wurden, wie z.B. Jaffa, kommen immer wieder einzelne Terrorakte vor, auf die die Militärbehörde in der Regel mit

der neuen Verhängung der Sperrstunde (Curfew) und weiteren Durchsuchungen reagiert. Die Voraussage, dass die Wiedereroberung Palästinas längere Zeit erfordern würde, scheint sich durchaus zu bewahrheiten.

Der Verkehrsstreik.

Die Verordnung der Militärgouverneure, dass vom ersten November an für jede Fahrt in Auto oder Eisenbahn ein besonderer von den Behörden ausgestellter Pass nebst einem Identitätsausweis notwendig sei, wurde von den arabischen Terroristen als eine scharfe Herausforderung angesehen. Die Leitung der Aufständischen hatte seit langem Wert darauf gelegt, von der arabischen Bevölkerung als ihre "Regierung" betrachtet zu werden. Sie verlangte die Austragung aller arabischen Streitigkeiten vor den improvisierten Gerichtshöfen der Terroristengruppen und den Boykott der Regierungsgesichte und hatte vor allem im zweiten Teil ihrer Forderung einen weitgehenden Erfolg. Die Forderung, sich von der Regierung eine Identitätskarte ausstellen zu lassen, bedeutete eine Anerkennung der englischen Regierungsgewalt, zu der man sich nicht verstehen wollte. Die Terroristenführer proklamierten daher als Protest einen dreitägigen arabischen Generalstreik und bedrohten auch später jeden Araber, der sich um einen Verkehrspass bemühte, mit dem Tode. Der arabische Autoverkehr stand vom ersten November an vollständig still. Statt der Autos erschienen auf den Landstrassen Fussgänger, Radfahrer, Esel- und Kamelreiter und in der Küstenebene Pferdewagen verschiedenster Art. Die arabische Wirtschaft, die ohnedies durch die Unruhen schwer geschädigt ist, wurde durch

dieses Zurückwerfen des Verkehrs auf primitive Methoden übermäßig belastet. Die Versorgung der Städte durch landwirtschaftliche Produkte litt ebenso wie die Versorgung der Dörfer. Das Problem drohte sich noch weiter zuzuspitzen, da der Beginn der Orangenernte unmittelbar vor der Tür stand und ein längerer Boykott des Autoverkehrs die Früchte am Baum hätte verfaulen lassen. Die Leitung der Aufständischen gab nach einigem Zögern zwei Wochen später nach und gestattete Identitätskarten und Verkehrspässe für Lastwagenchauffeure. Die Militärverwaltung jedoch verweigerte diese neuerdings an Araber mit der Begründung, dass die Verordnung sich auf alle Verkehrsmittel und nicht nur auf die für den Transport von Orangen benötigten Lastwagen beziehe.

Eine Stimme der arabischen Opposition.

Die letzten drei Jahre haben eine beträchtliche Konsolidierung der arabischen öffentlichen Meinung gebracht. Alle Gruppen stellten sich mehr und mehr hinter die Führer des Unabhängigkeitskampfes. Jedoch konnte die Leitung der Aufständischen sich mit der freiwilligen Unterstützung nicht begnügen und hat schon früh damit begonnen, sich unbedingten Gehorsam durch Terror zu schaffen, der die Gegner im Innern beseitigte, welche die einheitliche Linie gefährden konnten, oder durch Lauheit verdächtig waren. Dieser innere Feldzug hat das arabische Lager viele Menschen gekostet und ein Gefühl der Unsicherheit und Furcht in die arabische Bevölkerung gebracht. Infolgedessen hat sich im letzten Jahre ein Auszug derjenigen Araber vollzogen, die den Terrorismus fürchteten und die Mittel besaßen, sich ihm durch die Fahrt ins Ausland

zu entziehen. Ein Teil der wohlhabenden Schicht befindet sich im Libanon, ein anderer in Aegypten, einzelne auch in Europa. Es war unter diesen Umständen eine Selbstverständlichkeit, dass man keine von der offiziellen Meinung differierenden Stimmen unter den Arabern zu hören bekam.

Wenn auch diejenigen der Araber, die sich mit dem Revolver in der Hand als Wortführer ihres Volkes ausbedungen haben, immer noch bei dem extremen Standpunkt verharren, das Land müsse gegen eine weitere jüdische Einwanderung abgeriegelt werden und der Bodenverkauf an Juden strengstens verboten sein, so gehört doch die Mehrzahl der Araber der gemäßigten Klasse an, die eine Verständigung mit der jüdischen Bevölkerung anstreben, um mit diesen der zahlreichen Vorteile des wirtschaftlichen Aufbaues des Landes teilhaftig zu werden. Die Zahl der vor den Terroristen ins Ausland geflüchteten Araber (Europa, Aegypten, Syrien) beläuft sich auf ca. 40'000, die Zahl dieser in Syrien sich aufhaltenden beträgt allein 22'000.

Ueberblicken wir in den Herbstmonaten d.J. die Gesamtsituation in Palästina, so erhalten wir folgendes trauriges Bild. Seit April 1936 toben im Lande innerpolitische Unruhen mit mehr oder weniger starker Heftigkeit. Die ganze Bevölkerung hat sich in zwei politisch und wirtschaftlich scharf getrennte Lager gespalten. Ein grosser Teil des arabischen Sektors steht unter der Herrschaft der Terroristen, welche für "lauwarme" Araber nur e i n e Strafe, nämlich die der Beseitigung, kennen. Die jüdische Wirtschaft liegt darnieder, kann sich aber durch zähen Willen und ausreichende

Finanzmittel über Wasser halten. Im arabischen Lager hingegen Verzweiflung bei der ärmeren Volksschicht, die den grössten Teil der Bevölkerung ausmacht, während sich der bessergestellten Klasse durch den inneren Vernichtungskampf eine Angstpsychose und Depression bemächtigt hat.

Es ist daher vollends begreiflich, wenn aus diesem Chaos der Dinge heraus der Notschrei der Bevölkerung Palästinas nach einer endlichen Lösung so oder so immer stärker und lauter wurde.

In dieser Verfassung erwartete sie den langersehnten Bericht des zweiten Untersuchungsausschusses, der sogenannten "Woodhead-Commission". - Gross war denn auch die Enttäuschung, als bekannt wurde, dass auch diese zweite Kommission zu keinem positiven Resultat gekommen war, sondern nach gründlichem Studium des Peel-Berichtes und des ganzen Fragenkomplexes zwei eigene Teilungspläne vorschlug, denen jedoch die Kommissionsmitglieder selbst nicht einstimmig beipflichteten. So glaubte die britische Regierung den Peel-Plan, wie auch diejenigen der Woodhead-Kommission ablehnen zu sollen, sodass man dabei wieder auf dem toten Punkt angelangt war. Es blieb nichts anderes übrig, als auf die Anregung, welche die jüdischen Führer schon seit Beginn der Differenzen anstrebten, zurückzukommen, nämlich einen Versuch zu machen, Juden und Araber zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzubringen. Im Anschluss an die Veröffentlichung des Berichtes der Woodhead-Kommission, hat die englische Regierung ihre Palästinapolitik in nachfolgender Erklärung neu formuliert:

1. Die Königliche Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des verstorbenen Lord Peel veröffentlichte ihren Bericht im Juli 1937 und schlug eine Lösung der Palästinafrage

auf Grundlage eines Teilungsplanes vor, durch den unabhängige jüdische und arabische Staaten errichtet werden sollten, während bestimmte andere Gebiete unter Mandatsverwaltung verbleiben sollten. In der politischen Erklärung, die der Veröffentlichung des Berichts folgte, teilte die Regierung ihre allgemeine Zustimmung zu den Argumenten und den Schlussfolgerungen der Königlichen Kommission mit und gab der Ansicht Ausdruck, dass der Teilungsplan in den allgemeinen Richtlinien, wie sie die Kommission vorschlägt, die beste und hoffnungsvollste Lösung der bestehenden Schwierigkeiten darstelle.

2. Der Vorschlag der Kommission wurde auf Grund der Unterlagen gemacht, die zur Zeit vorhanden waren und es wurde allgemein anerkannt, dass weitere ausführliche Untersuchungen notwendig sein würden, bevor man entscheiden könne, ob eine solche Lösung praktisch durchführbar sei. Der Vorschlag wurde später im Parlament, in der permanenten Mandatskommission, im Völkerbundsrat und in der Versammlung des Völkerbundes diskutiert, wobei die Regierung die Vollmacht erhielt, die praktische Anwendung des Teilungsprinzips zu untersuchen. Ein Brief des Staatssekretärs für die Kolonien an den Oberkommissar von Palästina vom 23. Dezember 1937 verkündete die Absicht der Regierung, die weiteren für die Ausarbeitung eines genaueren und detaillierten Planes notwendigen Untersuchungen zu unternehmen. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine endgültige Entscheidung nicht in allgemeinen Begriffen gefasst werden könne und dass eine weitere Untersuchung das notwendige Material liefern würde, um nach Formulierung des bestmöglichen Teilungsplanes seinen Wert und seine Durchführbarkeit zu beurteilen. Der Brief stellte zugleich die Funktionen und Richtlinien der technischen Kommission fest, die beauftragt wurde, Palästina zu besuchen, um der Regierung Vorschläge für einen solchen detaillierten Plan zu machen.

3. Die Regierung hat jetzt den Plan der Palästina-Teilungskommission erhalten. Die Kommission hat ihre Untersuchungen geführt und Material gesammelt, das für die späteren politischen Überlegungen von grossem Wert sein wird. Ihr Bericht ist jetzt veröffentlicht, zugleich mit einer Zusammenfassung ihrer Schlussfolgerungen. Es ergibt sich, dass die vier Mitglieder der Kommission sich einstimmig gegen die Annahme des Teilungsplanes, wie er von der Königlichen Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde, aussprechen. Neben dem Plan der Königlichen Kommission werden in dem Bericht zwei andere Pläne, die als Plan B und C bezeichnet sind, untersucht. Ein Mitglied zieht Plan B vor. Zwei andere Mitglieder, darunter der Vorsitzende, sind der Meinung, dass Plan C den besten Teilungsplan darstelle, der unter den gegebenen Richtlinien entworfen werden kann. Ein viertes Mitglied betrachtet beide Pläne als undurchführbar, während er zugleich zugibt, dass Plan C unter den gegebenen Richtlinien der beste ist. Der Bericht weist darauf hin, dass nach beiden Plänen das Budget des arabischen Staates (Transjordanien eingeschlossen) und der unter Mandat verbleibenden Territorien beträchtliche Defizite aufweisen muss, während der jüdische Staat einen nennenswerten Überschuss haben würde.

Die Kommission verwirft die Empfehlung der Königlichen Kommission für eine direkte Subvention des Judenstaates an den Araberstaat als undurchführbar. Sie ist der Meinung, dass eine Zollunion zwischen den Staaten und den Mandatsgebieten aus ökonomischen Gründen wesentlich sei und prüft die Möglichkeiten, eine Lösung für die finanziellen und ökonomischen Probleme der Teilung durch einen auf einer derartigen Union beruhenden Plan zu finden. Sie ist der Meinung, dass jeder solcher Plan der fiskalen Unabhängigkeit der jüdischen und arabischen Staaten widersprechen würde. Ihre Schlussfolgerungen sind, dass sie bei einer strikten Interpretation ihrer Richtlinien keinen anderen Ausweg habe, als zu berichten, dass sie nicht imstande sei, Grenzen für die vorgeschlagenen Gebiete anzugeben, die eine vernünftige Aussicht für die Errichtung sich selbst erhaltender arabischer und jüdischer Staaten eröffnen.

4. Nach sorgfältigem Studium des Berichtes der Teilungskommission ist die Regierung der Ansicht, dass diese weitere Prüfung gezeigt hat, dass die politischen, administrativen und finanziellen Schwierigkeiten bei der Schaffung unabhängiger arabischer und jüdischer Staaten in Palästina so gross sind, dass diese Lösung des Problems nicht durchführbar ist.

5. Die Regierung wird deshalb auch weiterhin die Verantwortung für die Regierung in ganz Palästina tragen. Sie steht jetzt vor der Notwendigkeit, andere Mittel zu finden, die der schwierigen Situation, wie sie von der Königlichen Kommission geschildert wird, gerecht werden und zugleich mit ihren Verpflichtungen gegenüber den Arabern und Juden vereinbar sind. Die Regierung ist der Meinung, dass es möglich sei, diese anderen Mittel zu finden. Sie hat bereits die Frage auf Grund der Berichte der Königlichen Kommission und der Teilungskommission untersucht. Es ist offensichtlich, dass eine Verständigung zwischen Arabern und Juden die sicherste Basis für Frieden und Fortschritt in Palästina bilden würde und die Regierung ist daher bereit, sich mit aller Entschiedenheit um das Zustandekommen einer solchen Verständigung zu bemühen. Mit diesem Ziele schlägt die Regierung vor, sofort Repräsentanten der palästinensischen Araber und der benachbarten Staaten einerseits und der Jewish Agency andererseits nach London einzuladen, um mit ihnen die zukünftige Politik einschliesslich der Frage der Immigration nach Palästina zu beraten. Was die Vertretung der palästinensischen Araber betrifft, muss sich die Regierung das Recht vorbehalten, diejenigen Führer, die sie für verantwortlich für die Campagne des Mordes und der Gewalt hält, nicht zu empfangen.

6. Die Regierung hofft, dass diese Diskussionen in London eine Verständigung über die zukünftige Palästinapolitik ermöglichen werden. Sie legt jedoch grössten Wert darauf, dass eine Entscheidung in möglichst kurzer Zeit gefällt wird. Daher wird sie, wenn die Londoner Diskussionen nicht in einer entsprechenden Zeitspanne zu einer Verständigung führen, auf Grund der Untersuchungen des Problems und der Verhandlungen in London ihre eigene Entscheidung treffen und die Politik ankündigen, die sie zu verfolgen gedenkt.

7. Bei der Betrachtung und Entscheidung ihrer Politik wird die Regierung den internationalen Charakter des Mandats, mit dem sie betraut worden ist, und ihre Verpflichtungen in dieser Hinsicht immer im Auge behalten.

In diesem Zusammenhang gab auch der englische Kolonialminister im Unterhaus in einer Rede einen Ueberblick über die Palästinafrage. Eine Uebersetzung dieser Rede ist diesem Bericht im Anhang beigegeben.

Die arabische Reaktion auf den Woodhead-Bericht kam in einer Erklärung von Dr. Tannous, dem Leiter des arabischen Büros in London zum Ausdruck. Er erklärte, dass die Araber die Aufhebung des Teilungsplanes und den Beschluss, die arabischen Länder bei der Beratung über die Zukunft Palästinas hinzuzuziehen begrüßen, dass er aber bedaure, dass die natürlichen Rechte der Araber, im Lande ihrer Geburt zu herrschen, keine Anerkennung gefunden hätten. Kein Araber würde sich an Verhandlungen beteiligen, von denen auch nur einer der verantwortlichen arabischen Führer ausgeschlossen würde. (Gemeint sind damit der Mufti von Jerusalem, sowie die nach den Seychellen verbannten Mitglieder des "Obersten arabischen Rates".)

Die Exekutive der Jewish Agency hat in einer Erklärung ebenfalls zu der Regierungs-Proklamation Stellung genommen. In der Sitzung des Aktionskomitees vom 15. November wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst:

"Das Aktionskomitee bestätigt die früheren Erklärungen der leitenden Instanzen der zionistischen Bewegung, dass die Juden nach Erez Jsrael kraft Rechts und nicht kraft Duldung kommen, um von neuem ihr nationales Heim im Lande ihrer historischen Vergangenheit zu errichten. Dieser Grundsatz ist von Grossbritannien und allen Kulturnationen anerkannt worden. Der fortgesetzte Terror, der in Palästina bereits 30 Monate lang herrscht, hat es nicht vermocht, die Juden an der Fortsetzung des Aufbauwerkes zu hindern. Trotz aller Leiden,

die der Jischuw in dieser Zeit erfahren hat, ist das jüdische Volk zur Zusammenarbeit mit den Arabern zum Wohle des ganzen Landes bereit, aber es kann keine Vorschläge in Erwägung ziehen, die darauf gerichtet sind, dem jüdischen Volke einen Minoritäten-Status aufzuerlegen, oder das Recht des jüdischen Volkes, in seine Heimat zurückzukehren, willkürlich zu beschränken.

Das Aktionskommittee bestätigt die Erklärung der zionistischen Leitung zum Bericht der Teilungskommission und erklärt, dass dieser keineswegs eine Grundlage für Verhandlungen bilden kann. Es bestätigt die Erklärung der Exekutive, dass es Pflicht der britischen Regierung ist, ihre Politik im Einklang mit ihren Verpflichtungen gegenüber den Juden und den Arabern fortzuführen und entschiedene Bemühungen zur Herbeiführung eines Einvernehmens zwischen diesen beiden Völkern zu machen. Das Aktionskommittee kann nicht seine schwerwiegenden Bedenken verhehlen hinsichtlich des von der britischen Regierung vorgeschlagenen Verfahrens, zur Erörterung der Politik in Palästina die umliegenden arabischen Staaten hinzuzuziehen, da diese keinen besonderen rechtlichen Status in Angelegenheiten des Landes haben. Es bringt ferner seine Meinung zum Ausdruck, dass die Jewish Agency sich als Partner an Verhandlungen nur auf der Grundlage der Balfour-Deklaration und des Mandates beteiligen kann."

Jetzt, wo der Woodhead-Bericht veröffentlicht und zugleich von der Regierung abgelehnt ist, und sich die Aussichten auf englisch-arabisch-jüdische Verhandlungen in London eröffnen, hat sich im arabischen Lager die erste bedeutende Stimme gegen den Grossmufti von Jerusalem erhoben. Fakhri Bey Nashashibi, eine in Palästina wohlbekannte Figur und ein naher Verwandter (Neffe) von Ragheb Bey Nashashibi, des Vorsitzenden der arabischen Oppositionspartei, trat mit einem an den High Commissioner gerichteten Brief hervor, in dem er sich gegen die Auffassung wendet, der Mufti und seine Anhänger seien die einzigen Vertreter der arabischen öffentlichen Meinung. Der Zweck des Briefes war offensichtlich, die Ansprüche einer arabischen Opposition anzumelden, die sich bei den Londoner Besprechungen beteiligen wollte. Die Resonanz in London und Jerusalem war stark. Es erfolgte jedoch sofort eine Desavouierung Fakhri Bey Nashashibis durch den Vorsitzenden der

Oppositionspartei Ragheb Bey selbst, der sich zurzeit in Cairo aufhält. Ragheb Bey Nashashibi betont die einheitliche Richtung aller Araber in Palästina in ihren politischen Zielen und seine Stimme wird durch eine Reihe von Protesttelegrammen gegen das Auftreten Fakhris verstärkt. Man wird den aus Cairo kommenden Nachrichten Glauben schenken dürfen, dass die Terroristen Nashashibi und seine ganze Familie mit den schwersten Strafen bedroht haben, wenn nicht sofort ein Abrücken von Fakhri erfolge. Zugleich aber darf man nicht übersehen, dass die Erklärung Raghebs, die Araber seien in ihrem Ziel - der Er kämpfung der arabischen Unabhängigkeit - einig, wenn sie auch in taktischen Fragen des Augenblicks geteilt sein mögen, den Kern der Frage trifft. Der Sinn des Briefes von Fakhri war wohl nicht so sehr, eine Spaltung in die arabischen Reihen zu tragen, als die Ansprüche derer anzumelden, die heute aus der Führung der politischen Geschäfte in den Hintergrund gedrängt sind und sich für die Londoner Verhandlungen empfehlen wollen. Dieses Ziel dürfte trotz des Briefes von Ragheb Bey Nashashibi erreicht sein. Das Kolonialamt in London kann jetzt seine Einladung an zwei Gruppen im arabischen Lager richten.

Die Vorbereitung der Londoner Verhandlungen ist in den letzten Tagen im Lande noch an einer anderen Stelle weitergetrieben worden. Der Hochkommissar hat einen Besuch in Amman, der Hauptstadt des Emir Abdallah von Transjordanien, abgestattet. Unmittelbar darauf wird die Nominierung von zwei transjordanischen Ministern für die Fahrt nach London gemeldet. Nicht ausgeschlossen ist, dass der Emir selbst an

den Verhandlungen teilnehmen wird, jedoch ist vielleicht Endgültiges in dieser Hinsicht noch nicht beschlossen worden.

Politische Reaktionen.

Während die Juden in Palästina nach wie vor unerschüttert in Ihrer Wacht gegen den Terror stehen, sind sie im Moment im Lande mehr Beobachter der politischen Bühne als Akteure. Schon vor der Veröffentlichung des Woodhead-Berichtes war der Schwerpunkt der politischen Arbeit von Jerusalem nach London und New York verlegt worden, wo der Kampf um die weitere Gestaltung des Nationalheims weitergeht. Der Proteststurm, der sich in Amerika erhob, um gegen eventuelle Absichten der englischen Regierung, das Wachstum des Nationalheimes zu beschneiden, anzukämpfen, hat im Lande grossen Eindruck gemacht. Das Interesse von Roosevelt und die Anteilnahme amerikanischer Kreise, die sich für das Schicksal des jüdischen Palästina mitverantwortlich fühlen, die einzelnen Schritte der zahlreichen Organisationen sind mit angespanntem Interesse verfolgt worden. Die Erklärung im englischen Parlament, dass Amerika weiterhin über die Absichten der Mandatsregierung im Lande informiert werden solle, wurde als ein wichtiger Erfolg der Bemühungen angesehen.

Mit dem Beginn der Aktionssitzung in London wandte sich die jüdische Aufmerksamkeit dahin. Die Veröffentlichung des Woodhead-Berichtes und die damit verbundene Regierungserklärung wurden im Lande wie bereits erwähnt mit leidenschaftlichem Interesse erwartet, aber da es sofort klar wurde, dass keine Entscheidung gefallen sei, verwandelte sich die einsetzende Diskussion über den Bericht von neuen in ein gespanntes

Lauschen auf die Entwicklungen in London und die englischen Pressestimmen. Da die von England vorgeschlagene Konferenz schon Mitte Januar 1939 stattfinden soll, werden sowohl im jüdischen wie auch im arabischen Lager ernsthafte Versuche gemacht, sich auf ein positives Programm zu einigen, welches zu einer endlichen Lösung des sich immer schwieriger gestaltenden Palästina-Problems führen könnte.

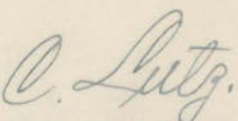
Seit der Veröffentlichung des Woodhead-Berichtes und der darauffolgenden Regierungserklärung haben in Deutschland Ereignisse stattgefunden, welche es notwendig machen, sofort für eine weitere halbe Million Juden Einwanderungsmöglichkeiten zu schaffen. Diese verschärfte Notlage der Juden Zentraleuropas hat einen weltweiten Proteststurm gegen die Haltung der englischen Regierung, die Tore Palästinas weiterhin geschlossen zu halten (die halbjährliche Einwanderungsquote beträgt rund 5000, während bei der Behörde in Jerusalem allein über 60'000 Gesuche vorliegen), ausgelöst. Diese sieht sich dabei vor die Alternative gestellt, die Einwanderung nach Palästina freizugeben, oder die Erfolgsaussichten der Londoner-Konferenz im Voraus zu beeinträchtigen, wenn nicht gar zu sabotieren. Und doch ist selbst für den neutralen Bewohner Palästinas die Tatsache in die Augen springend, dass diesem menschenleeren, durch 500jährige türkische Misswirtschaft zur Halbwüste gewordenen Lande, nichts Besseres widerfahren könnte, als ein starker Zustrom von Menschen von dem Willen beseelt, aus diesem in Zerfall geratenen Gebiet wieder ein kulturelles Land zu schaffen. Dies alles könnte geschehen ohne Beeinträchtigung der Rechte der arabischen Bevölkerung, die übrigens unter der Türkenherrschaft herzlich wenig Berücksichtigung

- 16 -

fanden. Bekanntlich hatte Palästina zu biblischen Zeiten eine Einwohnerzahl von mehreren Millionen. Vielleicht erkennt die christliche Welt eines Tages, wie weit sie vom Geiste der Kreuzfahrer abgerückt ist, indem sie sich hinsichtlich der Palästina-Politik mit dem Islam gegen die Judenheit associiert und lieber ihm das Heilige Land überlassen würde. Denn dass das Problem um Palästina von religiösen Momenten nicht trennbar ist und immer im Zusammenhang mit diesen behandelt werden muss, ergeht wiederum aus der Rede des britischen Kolonialministers MacDonald vom 24. November, worin er ausführt:

"Wenn ich mich der Palästinafrage zuwende, empfinde ich stets tiefe Ehrfurcht. Von Kindheit auf habe ich über Palästina gehört. Von jeher erzählte man mir biblische Geschichten über Nazareth, Galilea, Jerusalem und Bethlehem, wo der Friedensfürst geboren wurde. Das Parlament hat in seiner langen Geschichte viele edle Aufgaben erhalten. Aber niemals war eine so heilig wie die, Frieden und Vertrauen im heiligen Lande wieder herzustellen."

Möchte diesem von blutigen Unruhen so tief erschütterten Lande bald der Mann erstehen, der dieser edlen Aufgabe gewachsen ist.


z.Zt. Verweser.

Tel-Aviv, den 15. Dezember 1938.

A n h a n g .

Rede des Staatssekretärs für Kolonien Malcolm Macdonald,
gehalten im englischen Unterhaus am 24. November 1938.

Ich möchte in erster Linie allen Mitgliedern dieses Hauses für die Geduld und Zurückhaltung danken, mit der sie die Entwicklung der unglücklichen Situation in Palästina Monat für Monat verfolgt haben. Ich weiss wie leicht es für sie gewesen wäre, den Kolonialsekretär mit Interpellationen zu quälen oder bei Vertagungsanträgen die Aufmerksamkeit auf diese oder jene Seite der Frage zu lenken.

Aber alle Mitglieder haben sich in dieser Beziehung zurückgehalten. Sie taten es nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den palästinensischen Ereignissen. Das Haus fühlt seine Verantwortung Palästina gegenüber ebenso wie überall auf der Welt.

Ich neige der Meinung zu, dass das Haus sich eine so starke Zurückhaltung auferlegt hat, weil man die besonderen Schwierigkeiten und die Komplikation der Lage erkennt, der wir in diesem Lande gegenüberstehen. Ich darf mich vielleicht heute, wo wir vor der Eröffnung von Verhandlungen mit den Vertretern der Araber und Juden in London stehen, mit der Aufforderung an Sie wenden, diese Debatte mit so abwägender Vorsicht zu führen, dass kein hier gesprochenes Wort die Chancen dieser Diskussionen für eine arabisch-jüdische Verständigung gefährdet. Während der letzten Monate war es unmöglich, in Palästina eine konstruktive Politik zu führen, die zur Entspannung der Situation geführt hätte. Das war bedauernswert, aber unvermeidlich. Wir mussten auf den Bericht der Woodhead-Kommission warten und uns daher auf rein physische Anstrengungen beschränken, um Recht und Ordnung im Lande wieder herzustellen. Während des Sommers, der für die Arbeiter in der Landwirtschaft wenig Beschäftigung bringt, wurde die Terroristen-Campagne von Mord und Gewalt zu einer Art organisierter und ausgebreiteter Arabischer Revolte gegen die englische Regierung. Die starken Militär- und Polizeikräfte, die jetzt der Regierung zur Verfügung stehen, stellen mit Sicherheit die Autorität der Regierung im ganzen Lande wieder her. Vor wenigen Wochen wurde die Altstadt von Jerusalem von den Rebellen gesäubert. Die Autorität der Regierung wurde in Jaffa wieder hergestellt. Ohne das Schmettern von Trompeten besetzten unsere Truppen von neuem die Mauern von Jericho. Gaza ist wieder unter die Herrschaft der Regierung gebracht und in dieser Woche wurden die feindlichen Elemente aus Beerscheba vertrieben. Ständig aber unter Schwierigkeiten schreitet die Wiederherstellung der Ordnung im ganzen Lande fort. Wir alle wissen, dass gewisse von Interessen inspirierte Propagandisten eine Reihe schmutziger Anschuldigungen gegen das Betragen unserer Truppen erhoben haben. Ich sehe viele Berichte im Kolonialamt, aber ich habe niemals irgendeinen Beweis für diese Anschuldigungen gesehen. Im Gegenteil, die ganze Welt

weiss, dass die Wiederbesetzung der Altstadt in Jerusalem vor einigen Wochen als Beispiel dafür dienen kann, wie britische Truppen mit absoluter Humanität und zugleich mit vollem Erfolge eine schwierige militärische Operation innerhalb der Zivilbevölkerung durchführen können.

Aber die Kernfrage in Palästina ist kein militärisches sondern ein politisches Problem. Unsere Truppen können die Ordnung wiederherstellen nicht aber den Frieden. Das ist die Aufgabe der Regierung. Es ist die Aufgabe des Parlaments.

Nichts ist einfacher als die Darstellung der Palästinafrage. Sie liegt uns im Bericht der Peel-Kommission in erstklassiger Weise vor. Nicht ein Wort und nicht ein Komma der Analyse, wie sie dieses bemerkenswerte Staatsdokument liefert, braucht geändert zu werden. Palästina ist ein winzig kleines Land; aber seine geistige Bedeutung ist gross. In seiner geistigen Bedeutung hat es keinen Rivalen unter den Ländern der Erde; es ist der Hüter Heiliger Stätten von drei grossen Weltreligionen. Aber seine Ausdehnung ist winzig. Sein Boden ist sehr fruchtbar und gibt reichen Ertrag; aber ein grosser Teil des Landes ist felsig oder hügelig und grosse Strecken sind Wüste. So sieht die kleine Bühne aus, auf der eine grosse Tragödie sich heute abrollt. Und auf dieser Bühne sind zwei Gegenspieler.

Da sind zuerst die Juden. Vor fast zweitausend Jahren war Palästina ihr Heimatland; unterdessen wurden sie zerstreut über die ganze Oberfläche der Erde. Sie sind ein Volk ohne Land, aber in den letzten zwanzig Jahren sind viele von ihnen zurück nach Palästina geeilt unter einem Mandat, das von mehr als 50 Nationen bestätigt und dessen Ausführung Grossbritannien anvertraut wurde. Ich glaube, dass niemand berechtigt ist zu sagen, Grossbritannien hätte in diesen Jahren seine Verpflichtung, die Immigration der Juden nach Palästina zu erleichtern, nicht erfüllt. Seit 1923 sind mehr als 250'000 Juden nach Palästina gekommen, um sich dort niederzulassen. Ihre Leistungen sind bemerkenswert. Sie haben Sanddünen in Orangengärten verwandelt, sie sind mit ihren Siedlungen immer weiter in die Wildnis der Grenzen vorgedrungen. Sie haben an einer Stelle, wo früher leerer Strand war, eine Stadt errichtet, die heute 140'000 Einwohner beherbergt. Niemand kann sagen, wie weit ihre Leistungen sie bringen könnten, wenn in Palästina keine andere Bevölkerung vorhanden wäre und man ihnen das Land zu vollem Besitze überlassen könnte.

Die Juden sind in Palästina nicht aus Duldung sondern kraft Rechtes und heute wird ihr Eifer, in ihr Heimatland zurückzukehren, durch die Peitsche der Verfolgungen in Zentraleuropa noch hundertfach angespornt. Die Tragödie eines Volkes ohne Land ist niemals so tief spürbar gewesen wie in dieser Woche. Die Sympathien unserer Landsleute, ihr Bedürfnis alles zu tun, was in ihrer Macht steht, um den verfolgten Juden Hilfe zu leisten, ist niemals so stark gewesen wie heute. Ich hoffe jedoch, dass unser Entsetzen über die Not dieser Menschen nicht dazu führen wird, unsere kühle und gerechte Betrachtung der schwierigen Palästinafrage zu trüben.

Ich muss hier ein Wort der Warnung aussprechen. Als wir das Versprechen abgaben, die Errichtung des Nationalheims in

Palästina zu erleichtern, konnten wir diese fürchterliche Verfolgung in Europa nicht voraussehen. Wir haben nicht das Versprechen gegeben, dass dieses Land die Heimat für alle die werden sollte, die sich aus dieser ungeheuerlichen Katastrophe zu retten suchen, und selbst wenn es keine andere Bevölkerung in Palästina gäbe, könnte der ziemlich ärmliche Boden kaum mehr als einen Bruchteil der Juden ernähren, die aus Europa zu entfliehen wünschen. Das Problem der Flüchtlinge in Zentraleuropa kann in Palästina nicht gelöst werden. Dazu gehört ein viel grösserer Rahmen.

Palästina kann jedoch selbstverständlich seinen Beitrag liefern. Es liefert ihn auch heute. Auch heute gehen trotz der Unruhen jüdische Einwanderer Woche für Woche nach Palästina und zwar ungefähr 1000 im Monat. Die Jewish Agency verlangt natürlich unter dem Einfluss der letzten Ereignisse eine starke Vergrößerung der Einwanderungsrate. Ich sah zwei Vertreter der Agency am Montag und sie legten mir ihre Forderungen vor. Ich bat sie darum, mir ihre Vorschläge mit allen Einzelheiten vorzulegen. Ich erhielt diese Vorschläge heute früh und sie werden selbstverständlich von mir sofort mit grösster Sorgfalt behandelt werden. Ich werde mich darüber mit dem High Commissioner in Jerusalem beraten.

Ich muss jedoch mit voller Offenheit folgendes sagen: Der Regierung ist oft vorgeworfen worden, sie hätte in Palästina überhaupt keine politische Linie oder wenn sie eine habe, so hielte sie nicht an ihr fest und ändere dauernd ihre Meinung. Die Regierung gab vor kurzem den nächsten Schritt ihrer Politik bekannt. Wir schlagen Verhandlungen mit Juden und Arabern in London vor und sind entschlossen an dieser Konferenz festzuhalten. Wir können jetzt nichts tun, was die Chancen dieser Diskussionen gefährdet. Es ist im besten Interesse der Juden selbst, dass die künftige Politik in Palästina so weit als möglich auf der Basis einer umfassenden Verständigung formuliert wird. Das zweite Volk, das in diesen bitteren Konflikt verwickelt ist sind die Araber. Sie haben viele Jahrhunderte im Lande gelebt. Sie wurden nicht gefragt, als die Balfour-Deklaration erlassen wurde und nicht als man das Mandat entwarf. In den Nachkriegsjahren haben sie mit gelegentlichen ärgerlichen Protesten diese friedliche Invasion eines fremden Volkes beobachtet. Sie sahen, wie man ihr Land aufkaufte, wie die jüdischen Siedlungen sich immer weiter im Lande verbreiteten. Sie mussten die überlegene Energie, die Tüchtigkeit und den Wohlstand dieses wundervollen Volkes anerkennen und Angst überkam sie.

Im Jahre 1933 kamen 30'000 Juden nach Palästina; 1934 waren es 42'000 Juden und 1935 stieg die Zahl auf 61'000. Die Araber fragten sich, wann diese grosse Wanderung zum Stillstand gebracht werden würde. Sie fragten sich, ob sie überhaupt jemals zum Stillstand käme und sie fürchten, dass es ihr Schicksal sein könnte, im Lande ihrer Väter durch dieses energische neue Volk beherrscht zu werden, das das ökonomische, politische und kommerzielle Gebiet beherrscht. Wenn ich ein Araber wäre, auch ich würde besorgt sein. Wenn wir jemals zu einem Verständnis der Frage gelangen wollen, wenn wir jemals unsere Aufgabe, eine glückliche Lösung dafür zu finden, erfüllen wollen, dann müssen wir fähig sein, uns nicht nur in die Seele des Juden, sondern auch in die Seele des Arabers zu versetzen.

Ich weiss, dass sehr viele diese arabische Agitation nur für den Protest eines Banditentrupps halten. Es ist freilich wahr, dass diejenigen Araber, die sich am eifrigsten an den Unruhen beteiligt haben, Halsabschneider der schlimmsten Sorte sind. Die Massaker der Unschuldigen in Tiberias und an vielen anderen Stellen haben den Namen ihrer Sache besudelt. Es ist ebenfalls wahr, dass viele die sich mit ihnen vereinigt haben, durch Terror zu dieser Verbindung gezwungen worden sind, aber es ist sehr viel mehr als das in der arabischen Bewegung. Ich glaube, dass dieses Haus, das immer ein so grosszügiges Verständnis für andere Völker gehabt hat, anerkennen müsste, dass viele in der palästinensischen arabischen Bewegung von echtem Patriotismus erfüllt sind.

Wie sehr sie auch Unrecht haben mögen, wie sehr sie auch irreführt sein mögen, wie unheilvoll ihre Politik auch immer sei, viele von ihnen haben sich verpflichtet gefühlt, ihr Leben für ihr Land einzusetzen.

Ich weiss, dass damit nicht alles gesagt ist. Man muss vieles hinzufügen, wenn man die Situation vollständig und gerecht schildern will. Vor allen Dingen muss ich einen Tatsachenkomplex erwähnen, der von grösster Wichtigkeit ist. Diejenigen, die vor 20 Jahren die Möglichkeit erfassten, die Errichtung eines jüdischen Nationalheims in Palästina zu erleichtern, bewegte eine grosse Idee und schon in den ersten 20 Jahren hat sich diese Idee in einen wunderbaren Schöpfungsakt verwandelt. Aber ich frage mich gelegentlich, ob die Initiatoren dieses grossen schöpferischen Aktes sogar im Jahre 1917, 1918 und 1919 völlig über die Lage informiert waren. Ich frage mich manchmal, ob sie es wussten, dass schon damals zwischen Jordan und Mittelmeer mehr als 600'000 Araber lebten und sicher konnten sie nicht wissen, dass als Folge der britischen Verwaltung und der jüdischen Einwanderung die arabische Bevölkerung sich rasch vermehren würde.

Die Juden brachten Geld mit sich ins Land und die Unternehmungen, die sie begannen, schufen neue Existenzmittel. Moderne Sanitätseinrichtungen, die nicht nur für die Juden, sondern auch für die Araber geschaffen wurden, gaben jedem einzelnen eine neue Lebenssicherheit. Seit 1922 ist die arabische Bevölkerung in Palästina, obwohl kaum eine Einwanderung von aussen bestand, also fast völlig durch natürliche Vermehrung, von 600'000 auf 990'000 angewachsen. Ich könnte noch hinzufügen, dass nach bestimmten Berechnungen die 990'000 Araber von heute in 20 Jahren sich zu $1\frac{1}{2}$ Millionen vermehrt haben werden.

Dieser wichtige und bedeutsame Tatsachenkomplex führt zu zwei Ueberlegungen. Erstens wird meiner Meinung nach dadurch eine Reihe von Berechnungen umgeworfen, die angaben, wieviele Juden in Palästina angesiedelt werden können, ohne die Rechte und Stellung der arabischen Bevölkerung zu verletzen. Aber die Sache hat, wie gesagt, zwei Seiten. Und die zweite Seite ist die folgende: Die Araber können nicht behaupten, dass die Juden sie aus dem Lande verdrängen. Wenn nicht ein einziger Jude nach 1918 nach Palästina gekommen wäre, so würde meiner Meinung nach die arabische Bevölkerung Palästinas noch immer ungefähr 600'000 betragen, wie zu Zeiten der türkischen Herrschaft.

Gerade weil die Juden, die nach Palästina kommen, die modernen Sanitätseinrichtungen und andere Vorteile mit sich bringen, sind die arabischen Männer und Frauen, die sonst heute tot wären, am Leben, und die arabischen Kinder, die sonst nicht das Licht der Welt erblickt hätten, wurden geboren und wurden stark. Nicht nur die Juden haben von der Balfour-Deklaration Nutzen gezogen. Die Araber mögen es leugnen so viel sie wollen, aber sie haben in grossem Ausmasse durch die Balfour-Deklaration profitiert.

Ich weiss, dass es unnütz ist, dieses Argument den Arabern gegenüber zu verwenden. Sie sind taub gegenüber dieser Argumentation, sie sind blind gegenüber dem Schauspiel eines sich allmählich bessernden Lebensstandards in ihrem eigenen Volke, weil sie etwas anderes erstreben. Sie streben nach ihrer Freiheit und sie fürchten, dass wenn dieser Prozess weitergeht, sie sich der politischen Herrschaft der unternehmenden, fleissigen, immer mehr anschwellenden Bevölkerung des jüdischen Nationalheims werden beugen müssen. Ich glaube, dass das englische Volk das letzte sein müsse, um die Gefühle der Araber in dieser Hinsicht nicht zu verstehen, denn auch wir würden den materiellen Vorteil opfern, wenn es sich um unsere Freiheit handelte. Wir können die Juden in Palästina nicht unter die Herrschaft der Araber stellen, aber wenn wir nicht diese arabische Furcht, unter die Herrschaft der Juden zu geraten, beheben, werden wir uns in einem grossen Teil des Nahen Ostens einer misstrauischen und feindlichen Bevölkerung gegenübersehen und gezwungen sein, einen grossen Teil unserer Armee auf unbestimmte Zeit in Palästina festzulegen. Wir haben also beiden Völkern in Palästina gegenüber die feierlichsten Verpflichtungen. Wir haben versprochen, die jüdische Immigration unter angemessenen Bedingungen zu erleichtern und die Ansiedlung der Juden auf dem Lande zu unterstützen und andererseits haben wir darauf zu achten, dass die Rechte und die Stellung der arabischen Bevölkerung nicht verletzt werden. Wie können wir diese beiden Verpflichtungen in Gerechtigkeit und Frieden vereinen? Das ist die Frage, die wir zu lösen haben, das Rätsel das zu beantworten uns aufgegeben ist. Die Peel-Kommission empfahl mit unwiderstehlicher Logik, das Land zu teilen, die Juden und Araber in einem gewissen Ausmass getrennt zu halten, und das Streben beider Seiten nach Selbstregierung in verschiedenen Bezirken Palästinas zu befriedigen, während die heiligen Stätten in einer Enklave unter Mandatsverwaltung bleiben sollten. Das Parlament hat sich auf diese Politik nie festgelegt. Die Regierung akzeptierte sie im Prinzip als die beste Möglichkeit, die entstandenen Schwierigkeiten, zu überwinden, stellte jedoch zugleich fest, dass die praktische Durchführbarkeit dieses Prinzips weiter untersucht werden müsse. Zu diesem Zwecke ging die Woodhead-Kommission nach Palästina.

Sie lebten drei Monate hindurch unter Gefahren in der Stadt Jerusalem. Sie bereisten das ganze Land, immer begleitet von ihrer bewaffneten Eskorte, sie führten ihre Aufgabe mit grossem Mut und ebenso grosser Gründlichkeit durch. Vor kurzem überreichten sie ihren Bericht und daraus geht klar hervor, dass eine Teilung nach den Richtlinien des Peel-Planes undurchführbar ist.

Der Bericht zeigt, dass bei Aufteilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat und ein Mandatsgebiet, der jüdische Staat jährlich einen grossen Ueberschuss in seinem Budget

aufweisen würde, während die Budgets des arabischen Staates und des Mandats Jahr für Jahr mit einem grossen Defizit abschliessen. Die Kommission berichtete, dass sie bei den ihr gegebenen Richtlinien nicht imstande sei, Grenzen für die vorgeschlagenen Gebiete anzugeben, die eine annehmbare Aussicht für die Errichtung sich selbst erhaltender arabischer und jüdischer Staaten eröffnen. Ich glaube diese Tatsache allein ist eine bemerkenswerte Anerkennung für die Leistung der Juden.

Ohne die dauernde Hilfe der Juden für die gesamte in Palästina lebende Bevölkerung wird es unmöglich sein, ausserhalb der jüdischen Siedlungen das Niveau der Regierungs- und sozialen Dienste aufrechtzuerhalten, an die das Land sich gewöhnt hat. Diese Tatsache macht auch dem Vorschlag für die Teilung Palästinas in zwei souveräne Staaten ein Ende und die Regierung hat sich ohne Zeitverlust auf diese neue Situation eingestellt. Weder wird ein Teil des Landes den Juden noch der andere den Arabern zur Regierung übergeben werden. Die Regierung hat erklärt, dass sie auch weiterhin die Verantwortung für das ganze Land übernimmt.

Wir haben, wenn ich so sagen darf, ein Motto, eine Politik übernommen, die Mr. Churchill mir als ein Geschenk übergab, als ich ihn kurz nach meiner Uebernahme des Kolonialamtes traf. Er flüster-te mir zu, "keine Teilung sondern Standhaftigkeit". Wir müssen andere Mittel finden, um der unglücklichen Situation in Palästina gerecht zu werden. In meinem Studium der Frage kommen mir eine grosse Anzahl von Briefschreibern zu Hilfe. Dutzende von Briefen kommen an und viele enthalten eine Lösung des Problems. Kaum einer von zwei Briefen schlägt genau die gleiche Lösung vor. Viele Briefe geben überhaupt keine Lösung. Sie enden einfach in dem Verzweiflungsschrei "gibt es überhaupt eine Lösung für dieses schwierige Problem?" Eine solche Lösung ist freilich vorhanden, aber ich glaube nicht, dass nur die Regierung verpflichtet ist, sie zu finden. Dieselbe Verpflichtung ruht auf den beiden anderen Parteien, den Arabern und den Juden. Sie haben beide ihren Beitrag zu leisten, sie müssen sich gegenseitig Konzessionen machen. Wenn sie das nur tun wollten, so würden Frieden und Wohlstand unter beiden Völkern in Palästina wieder einziehen. Ich weiss, dass es ausserordentlich schwierig sein wird, die schwere Bitterkeit zu überwinden, die auf beiden Seiten in den Monaten der Gewalt und des Blutvergiessens erwachsen ist. Vielleicht verführt uns der Idealismus, wenn wir glauben, dass heute eine Verständigung möglich ist. Die Regierung hält diese Verständigung zwischen Juden und Arabern jedoch für so wichtig, dass sie bereit ist, sich mit äusserster Kraft dafür einzusetzen.

Es ist für den normalen jüdischen und arabischen Bürger in Palästina nicht unmöglich, zufrieden Seite an Seite zu leben. An vielen Stellen im Lande ist das auch in diesen bösen Zeiten der Fall gewesen. Auch für die Führer der Juden und Araber ist es nicht unmöglich, zu einer Verständigung zu kommen. Es gab eine Zeit vor zwanzig Jahren, wo man nicht nur an diese Möglichkeit glaubte, sondern wo bereits das Werk vollendet schien. Dr. Weizmann überschritt im Namen der Zionistischen Organisation den Jordan und traf mit Emir Feisal in seinem Lager in der Wüste zusammen, wo er von seinen arabischen Scharen umgeben war; nach einigen Monaten unterzeichneten die beiden Männer ein Abkommen über Palästina. Zu diesen Beziehungen zwischen Arabern und Juden wollen wir heute zurückkehren.

Darum hat die Regierung vorgeschlagen, dass in London Verhandlungen stattfinden sollten. Es wird sich vermutlich zuerst um Verhandlungen zwischen der Regierung und den arabischen Vertretern einerseits und den jüdischen Vertretern andererseits handeln, aber wir hoffen, dass sich daraus bald Verhandlungen aller drei Partner an einem gemeinsamen Tisch ergeben werden. Bei Eintritt in die Verhandlungen fühlt sich die Regierung selbstverständlich an die Verpflichtung des Mandats gegenüber den Juden und den Arabern gebunden, ebenso wie an ihre Verpflichtungen gegenüber dem Parlament und den anderen Mitgliedern des Völkerbundes und den Vereinigten Staaten. Aber wir werden nicht versuchen, die Araber oder die Juden davor zurückzuhalten, Argumente dafür anzuführen, warum das Mandat geändert werden sollte. Die Verhandlungen werden umfassend und völlig freimütig sein, und ich bin daher sicher, dass das Parlament im Moment nicht erwartet, dass ich mich weiter über die Politik äussere, die die Regierung in den Verhandlungen einschlagen wird.

Ich hoffe, dass die Verhandlungen in London in den nächsten Wochen beginnen. Sollten sie vor Weihnachten nicht beginnen können, so hoffe ich, dass sie spätestens Januar anfangen, denn es ist notwendig, dass die Unsicherheit sobald als möglich behoben wird. Es ist von grosser Wichtigkeit, dass die Politik klar formuliert und dargestellt wird. Wenn daher die Verhandlungen in London in absehbarer Zeit keine Verständigung zwischen den drei Parteien ergeben, behält sich die Regierung das volle Recht vor, auf grund des Materials, das im Peel- und Woodhead-Bericht enthalten ist, selbst die zukünftige Politik zu formulieren.

Das Parlament hat in diesen Tagen mit einer ganzen Reihe politischer Fragen zu tun gehabt. Sie drängen jeden Tag auf uns ein und doch bleibe ich mir immer bewusst, dass Palästina etwas hat, was es von anderen Problemen unterscheidet. Die anderen sind Versuche in der Kunst des Regierens, der schwierigsten aller Künste. Wenn ich versuche, sie zu lösen, fühle ich natürlich, wie alle anderen, ein lebhaftes menschliches Interesse und einen Zauber. In dieser Hinsicht gibt die Palästinafrage allen anderen nichts nach. Ihre Kompliziertheit macht sie zum obersten Prüfstein unserer Fähigkeit zu regieren. Aber es steckt noch mehr darin als dies. Wenn ich mich der Palästinafrage zuwende, fühle ich tiefe Ehrfurcht. Von je habe ich über Palästina gehört. Von je erzählte man mir die Geschichten über Nazareth, Galilea, Jerusalem und Bethlehem, wo der Friedensfürst geboren wurde. Das Parlament hat in seiner langen Geschichte viele edle Aufgaben erhalten. Aber niemals war eine so heilig wie die, Frieden und Vertrauen im heiligen Lande wiederherzustellen.
